

Libyen: Kleine Schritte aus dem Chaos

Durch die irreguläre Einwanderung nach Europa und das Erstarren des «Islamischen Staates» (IS) ist das Interesse daran gewachsen, die Ordnung im erdölreichen Libyen wiederherzustellen. Die neue Einheitsregierung muss sich in einem von Lokalismus und bewaffneten Milizen dominierten Land behaupten. Die internationalen Akteure sollten sicherstellen, dass ihr Engagement die Einheitsregierung und den politischen Prozess stärkt.

Von Lisa Watanabe

In den letzten zwei Jahren hat ein Konflikt Libyen in zwei Machtblöcke mit rivalisierenden Regierungen und Parlamenten, jeweils von einem Bündnis bewaffneter Milizen unterstützt, gespalten. Nun, fünf Jahre nach dem Sturz Muammar Gaddafis, scheint ein wichtiger Schritt gelungen, diesen Konflikt zu beenden. Das Sicherheitsvakuum und die fehlende Regierungsführung in Libyen werden von der internationalen Gemeinschaft mit zunehmender Besorgnis beobachtet, nicht zuletzt wegen des Erstarkens des IS und der Rolle des Landes als Sprungbrett für Flüchtlinge nach Europa. Eine politische Lösung des Konflikts scheint unerlässlich für die Stabilisierung des Landes und zur Verhinderung eines Überschwappens des Chaos auf weitere Teile Nordafrikas, auf Subsahara-Afrika oder Europa. Die Bildung einer *Regierung der Nationalen Einheit* unter der Führung des Technokraten Fayeze al-Sarraj im März 2016, ermöglicht durch ein im Dezember 2015 von der UNO ausgehandeltes politisches Abkommen, wurde mit grosser Erleichterung aufgenommen.

Die Umsetzung des politischen Weges ist jedoch schwierig. Der Konflikt wird oft vereinfacht als Auseinandersetzung zwischen Islamisten und deren Gegnern dargestellt, ist jedoch in Wahrheit äusserst komplex. Der Faktor Ideologie spielt zwar eine wichtige Rolle. Angetrieben wird der Konflikt jedoch von den Interessen lokaler Gruppierungen, die mit Gewalt ihre politi-



Auch im Frühling 2016 wird der Himmel Bengasis von schwarzem Explosionsrauch verdeckt. Es ist wahrscheinlicher als auch schon, dass Libyen bald zur Ruhe kommt. Reuters / Esam Omran Al-Fetori

schen Ziele verfolgen und die Kontrolle über Ressourcen suchen. Die neue Einheitsregierung wird die konkurrierenden Gruppen miteinander versöhnen müssen, um neue Strukturen etablieren zu können, insbesondere im Sicherheitssektor. Die internationale Unterstützung für die libyschen Behörden im Kampf gegen den IS sowie bei der Stabilisierung des Landes muss auf die Bemühungen der Einheitsregierung abgestimmt werden. Diese versucht, ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu festigen und nachhaltige politische und staatliche Strukturen aufzubauen.

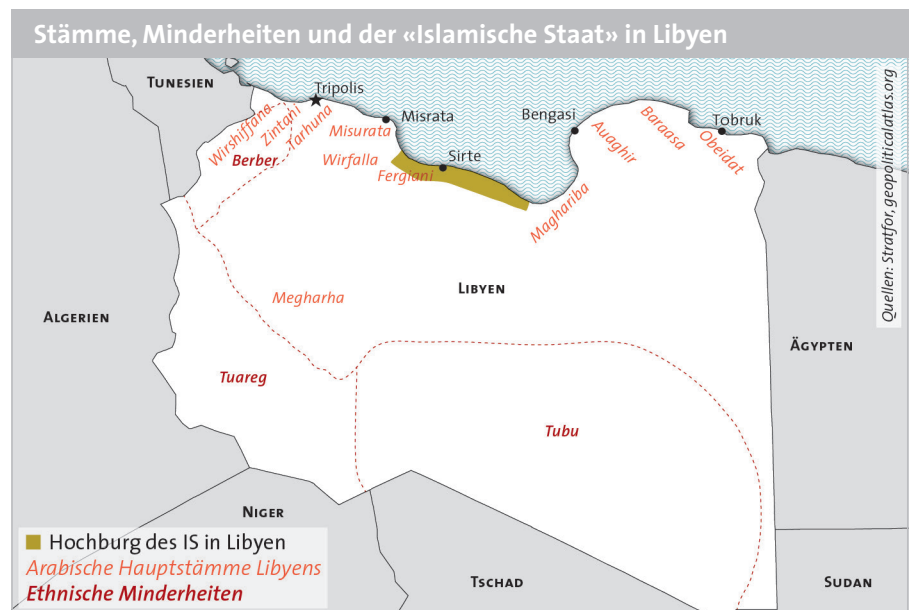
Ein zersplittertes Land

Nach Aufständen in den Nachbarländern Tunesien und Ägypten beendete eine Rebellion in Libyen die 42 Jahre andauernde Herrschaft Muammar Gaddafis mit dessen Gefangennahme und Ermordung am 20. Oktober 2011. Die Aufständischen setzten sich aus unterschiedlichsten Brigaden zusammen, welche als *Nationale Befreiungsarmee* zusammengefasst und von verschiedenen Milizen mit Stadt- oder Stammesbindung unterstützt wurden. Einige dieser Milizen und Brigaden unterstanden der Kontrolle lokaler Räte, die zur

Verwaltung befreiter Städte und Regionen eingesetzt wurden, andere gründeten eigene Militärräte. Das Bündnis wurde einzig durch das gemeinsame Ziel des Sturzes Gaddafis zusammengehalten. Dies gelang mit der Unterstützung der NATO-Operation *Unified Protector*, legitimiert durch die Resolution 1973 des UNO-Sicherheitsrates, die wenig konkret «alle erforderlichen Massnahmen» zum Schutz der Zivilbevölkerung absegnete. Nach dem Sturz Gaddafis und dem Ende der NATO-Mission in der Woche darauf etablierten die Milizen in den von ihnen kontrollierten Gebieten ihre Macht auf der Grundlage ihres durch die Revolution erlangten Prestiges.

Der *Nationale Übergangsrat*, politisches Gesicht des Aufstandes und erste Übergangsregierung Libyens, existierte fortan parallel zu den um politische und militärische Macht ringenden Milizen. Es wurden zahlreiche Versuche zur Auflösung oder Einbindung der Milizen unternommen. Im Oktober 2011 wurde ein Oberstes Sicherheitskomitee gebildet, um vorübergehend die Polizeiarbeit zu übernehmen. Das Personal des Komitees rekrutierte sich ausschliesslich aus den Reihen der Milizen. Das Sicherheitskomitee entwickelte sich aber bald selbst zu einer Bedrohung, war es doch mutmasslich für Angriffe auf Sufi-Schreine, ausländische Botschaften und staatliche Institutionen verantwortlich. In einem weiteren Versuch zur Befriedung der Milizen schuf der Nationale Übergangsrat im März 2012 zusätzlich zur Armee eine neue Militärstruktur. In die *Libyan Shield Forces* wurden ganze Brigaden und Milizen der Nationalen Befreiungsarmee integriert. Die Überführung kompletter Einheiten zementierte jedoch bestehende Befehlsstrukturen und Loyalitäten. Die Brigaden und Milizen verfolgten weiterhin eigene Ziele, wenngleich sie nun ihren Sold vom Staat erhielten.

Ohne die Milizen integriert oder entmachtet zu haben, machte sich der Nationale Übergangsrat daran, ein neues politisches System zu schaffen. Aus den Parlamentswahlen im Juli 2012 ging ein Übergangsparlament, der *Allgemeine Nationalkongress*, hervor. Unter den Parteien errang die *Allianz Nationaler Kräfte* die meisten Sitze. Der Zusammenschluss aus Liberalen und ehemaligen Regimebefürwortern wurde gefolgt von den islamistischen Parteien, der *Partei für Gerechtigkeit und Aufbau* und der *al-Watan-Partei*. Die Mehrzahl der übrigen Stimmen entfiel auf unabhängige Kandidaten, die grösstenteils den islamistischen Parteien nahestanden. Eine der



Hauptaufgaben des Allgemeinen Nationalkongresses war die Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs innerhalb von 18 Monaten. Nach Ablauf dieser Frist endete das Mandat des Nationalkongresses. Anschliessend sollten Neuwahlen den Nationalkongress durch ein neues Parlament, den *Abgeordnetenrat*, ersetzen, welcher eine neue Regierung wählen sollte.

Abgleiten in den Bürgerkrieg

Zwischen 2012 und 2014 entstand jedoch eine wachsende Kluft innerhalb des Allgemeinen Nationalkongresses, die zu einem Bürgerkrieg eskalierte. Den islamistischen Parteien gelang es, sich mit den unabhängigen Abgeordneten zu verbünden und umstrittene Gesetzesentwürfe durchzubringen. Am kontroversesten war das «Gesetz der politischen Isolation» von 2013, das ein Berufsverbot für hochrangige Gaddafi-Beamten vorsah. Das Gesetz schien darauf abzielen, Mahmud Jibril, den Vorsitzenden der Allianz der Nationalen Kräfte, und dessen Anhänger von der Politik auszuschliessen. Während der Abstimmung waren zudem pro-islamistische Milizen vor dem Nationalkongress positioniert. Die Grundlage für den bald ausbrechenden Konflikt wuchs weiter, als im Mai 2014 General Khalifa Haftar die Militäroperation «Würde» gegen mit den islamistischen Parteien verbündete Milizen in Bengasi und Tripolis lostrat. Die Operation folgte auf einen erfolglosen Aufruf Haftars zum Putsch.

Vor diesem Hintergrund fanden im Juni 2014 die Parlamentswahlen für den neuen

Abgeordnetenrat statt, obwohl der Allgemeine Nationalkongress noch keinen Verfassungsentwurf vorgelegt hatte. Erneut gewannen die Liberalen und Anhänger des ehemaligen Regimes die Wahlen. Anders als in der *Road Map* des Nationalen Übergangsrates vorgesehen, zogen jedoch zahlreiche Abgeordnete nicht nach Tripolis oder Bengasi, sondern konstituierten den Abgeordnetenrat in Tobruk. Die verbleibenden Abgeordneten des Allgemeinen Nationalkongresses in Tripolis sprachen daraufhin von einem Putsch gegen die «Revolution». Sie erklärten den Abgeordnetenrat für unrechtmässig. Die dem Allgemeinen Nationalkongress nahestehenden Milizen starteten daraufhin eine militärische Gegenoffensive zur Operation «Würde» namens «Morgendämmerung».

Libyen war somit in zwei grosse Koalitionen gespalten: einerseits das Milizenbündnis «Morgendämmerung», verbündet mit dem Allgemeinen Nationalkongress in Tripolis und der dortigen Regierung, und andererseits die Koalition um die Operation «Würde», verbündet mit dem Abgeordnetenrat in Tobruk und der dortigen Regierung. Während die Regierung des Abgeordnetenrates von der internationalen Gemeinschaft mehrheitlich anerkannt wurde, hatte sie Schwierigkeiten, ihren Anspruch im eigenen Land zu behaupten. Zudem wurde der Herrschaftsanspruch des Allgemeinen Nationalkongresses durch ein Urteil des Libyschen Gerichtshofes vom 6. November 2014 untermauert, demzufolge die Parlamentswahlen vom Juni nichtig

seien. Der Nationalkongress versuchte weiterhin, von Tripolis aus zu regieren. Doch obwohl der Nationalkongress die Mehrheit der staatlichen Institutionen unter Kontrolle hatte, darunter die Zentralbank und die *National Oil Corporation*, konnte auch er seine Macht nicht durchsetzen.

Zur «Morgendämmerung»-Koalition gehören die Misrata-Miliz, die libysche Muslimbruderschaft, ehemalige Mitglieder der einst al-Kaida-nahen «Libyschen Islamischen Kampfgruppe», die heute Politiker oder Milizenführer sind, sowie Berberstämme. In der Koalition «Würde» haben sich die Gegner der Islamisten zusammengeschlossen, allerdings weniger aus ideologischen Gründen denn aus Misstrauen gegenüber den Absichten ihrer Gegner, das Land von den Überresten des alten Regimes zu «säubern». An dem Bündnis beteiligen sich Teile der Streitkräfte aus der Gaddafi-Ära, die Zintani-Milizen sowie föderalistisch gesinnte Stämme aus Ostlibyen. Die Trennlinien verlaufen demnach lokal – eng verbunden mit den Interessen mächtiger Orte und Stammesgemeinschaften – und in geringerem Ausmass entlang regionaler und ethnischer Grenzen.

Auf den ersten Blick mögen die beiden losen Bündnisse die ideologische Spaltung des Landes widerspiegeln. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass der Konflikt eher von Interessen und einem Machtkampf um Ressourcen befeuert wird. Haftar war stets bemüht, seine Offensive als Kampf gegen Islamisten darzustellen. Die regionale Dimension des Konflikts spielte ihm dabei in die Karten. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten unterstützen Haftar und die Regierung in Tobruk, um so den politischen Islam in der Region zu schwächen. Durch Luftangriffe und wohl auch Rüstungslieferungen versuchen sie die Position von Haftar und der Operation «Würde» zu stärken. Die «Morgendämmerung»-Koalition wird im Gegenzug von als pro-islamistisch geltenden Ländern wie der Türkei, Katar und Sudan unterstützt, mutmasslich mittels Waffenlieferungen. Derweil haben britische, amerikanische und russische Spezialeinheiten die Regierung in Tobruk unterstützt, dies jedoch vorrangig mit dem Ziel, den Vormarsch des IS zu stoppen. Ihnen haben sich italienische Spezialkräfte angeschlossen.

Das Erbe Gaddafis

Ungeachtet der Dynamik in Post-Konfliktgesellschaften hat das Ziel Gaddafis, die Verwaltungs- und Staatstrukturen bewusst schwach zu halten, dem Lokalismus und

dem Erstarren der Milizen den Boden bereitet. Gaddafis Vision einer Volksdemokratie – *Jamabiriya* – sah die Vertretung der Bevölkerung durch Volkskongresse vor, die auf lokaler Ebene gewählt wurden und Volkskomitees als Exekutive einsetzten. Es gab weder politische Parteien noch ein Parlament. Wenngleich die Volkskongresse bewusst nicht entlang von Stammesgrenzen gebildet wurden, um den Einfluss der Stammeseliten zu begrenzen, blieb die Stammesloyalität wichtig. Gaddafi selbst nutzte Stammesloyalitäten, um seine Position durch ein Klientensystem abzusichern. Auch bei der Wahl der Volkskongresse war die Stammesloyalität ein entscheidender Faktor und stellte darum zusammen mit dem Lokalismus bereits in der Ära Gaddafi eine harte politische Währung dar.

Nach Ergreifung der Macht durch einen Militärputsch im Jahr 1969 verhinderte Gaddafi die Entstehung starker Polizei- und Streitkräfte sowie die Entwicklung eines «Korpsgeistes» in diesen Strukturen. Dies geschah durch regelmässige Führungswechsel und gekonnte Nutzung des Klientensystems gegenüber den Stämmen; Rivalitäten wurden gefördert und Zusammenhalt unter den Stämmen verhindert. Zum Schutz des eigenen Regimes verfügte Gaddafi daneben über ein paralleles Sicherheitsinstitutionen: den Nachrichtendienst des Führers, den militärischen Geheimdienst, die Sicherheitsorganisation der *Jamabiriya* sowie so genannte Reinigungs-

Der IS scheint entschlossen, Libyen als Ausgangspunkt für Anschläge in Tunesien und Ägypten zu nutzen.

komitees zum Aufspüren subversiver Elemente in den Volkskomitees. Die Posten in diesen Strukturen vergab Gaddafi nur an Personen mit engen Familien- oder Stammesbindungen zu seinem Clan.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass sich die Polizei- und Streitkräfte gleich nach Beginn der Revolte in Auflösung befanden, die Dorfgemeinschaften und Stämme eine zentrale Rolle im Bürgerkrieg und darüber hinaus spielten, und sich die Militärkräfte auf lokaler Ebene organisierten. Dabei spielten insbesondere die Misrata- und Zintani-Milizen eine entscheidende Rolle. Die unter Gaddafi unterdrückten Stämme, vor allem jene aus der erdölreichen Kyrenaika und die Berber des Nordwestens, gehörten zu den ersten,

die sich den Aufständischen anschlossen. Sie fordern seither nachdrücklich mehr Föderalismus und bessere Repräsentation.

Ausnutzen des Sicherheitsvakuums

Während der letzten Jahre ist es sowohl dem IS als auch al-Kaida-nahen Gruppierungen gelungen in Libyen Fuss zu fassen. Das Erstarren des IS gibt zunehmend Anlass zur Besorgnis, auch weil die Einheitsregierung erst ihre Autorität in Tripolis durchsetzen muss. Die Zahl der IS-Kämpfer in Libyen ist nicht bekannt, Schätzungen zufolge sollen es zwischen 2'000 und 10'000 sein. Tatsächlich sind es wohl 5'000 bis 6'000 Kämpfer. Damit gehört der IS zu den stärksten bewaffneten nicht-staatlichen Akteuren im Land. Beobachter bezeichnen ihn gar als dritte Kraft neben den Bündnissen «Würde» und «Morgendämmerung». Das begrenzte Territorium des IS – im Wesentlichen Sirte mit Umgebung – legt hingegen nahe, dass die Macht des IS in Libyen überschätzt wird.

Die Präsenz der Gruppe ist dennoch beunruhigend. Der IS will nicht nur sein Territorium sichern und durch Expansion nach Osten zum libyschen «Öl-Halbmond» die staatlichen Erdöleinnahmen mindern. Er scheint auch entschlossen, Libyen als Ausgangspunkt für Anschläge in Tunesien und Ägypten zu nutzen, wobei beide Länder gute Ziele für Attacken auf Symbole des jeweiligen Regimes als auch Touristen bieten. Die destabilisierende Wirkung des IS könnte darüber hinaus bis nach Europa reichen. Libyen könnte zum Trainingslager und Transitland für IS-Kämpfer werden, die Anschläge in Europa planen. Dies gilt insbesondere für *foreign fighters* aus Europa, die nach Libyen anstatt in den

Mittleren Osten ziehen oder aus Syrien oder dem Irak nach Libyen ziehen um anschliessend in ihre Heimat Europa zurückzukehren. Verständlicherweise hat der Druck für eine politische Lösung des Konflikts zugenommen, um damit eine koordinierte internationale Bekämpfung des IS zu ermöglichen.

Neben dem IS haben auch Menschenhändler das Machtvakuum im Land genutzt und die irregulären Fluchtrouten über den Seeweg nach Europa ausgebaut. Auf der Mittelmeerroute ist Libyen wohl das wichtigste Transitland. Die Zahl der Migranten auf dieser Route sank zwar 2015, für 2016 zeichnet sich jedoch ein erneuter Anstieg ab. Für Italien und eventuell Malta würde dies eine erneute Belas-

Das Schweizer Engagement in Libyen

In Abstimmung mit der UNO unterstützt die Schweiz eine umfassende politische Lösung des Konflikts in Libyen. Im Einklang mit der Neutralität und der gängigen Schweizer Praxis, lediglich Staaten, nicht aber Regierungen anzuerkennen, hat die Schweiz **weder die Regierung in Tobruk noch jene in Tripolis anerkannt**. Dieser Ansatz entspricht dem Fokus der Schweizer Bemühungen in Libyen auf Friedensförderung, Konflikttransformation und Aussöhnung als Bestandteil des 2012 lancierten, auf dem *whole of government*-Ansatz basierenden Nordafrika-Programm der Schweiz.

Konkret unterstützt die Schweiz den von der **UNO moderierten Dialog**, lokale Aussöhnungsprozesse und Initiativen zur Förderung des sozialen Friedens innerhalb und zwischen den Gemeinschaften. Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem Bereich «Frauen, Frieden und Sicherheit» sowie auf der Förderung eines nationalen Prozesses zum Umgang mit der Vergangenheit, in dessen Zuge auch Menschen- und Völkerrechtsverletzungen dokumentiert werden. Da eine fundierte Analyse der Konfliktdynamik unerlässlich ist, um nicht unbeabsichtigt Konflikte zu schüren, veranstaltet die Schweiz für die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft regelmässig **Workshops in Tunis zum Thema Konfliktsensibilität**.

Nach der Eskalation des Konflikts im Sommer **2014, als die Schweizer Botschaft in Tripolis vorübergehend geschlossen werden musste**, hat die Schweiz darüber hinaus vermehrt Wert gelegt auf humanitäre Hilfe, Minenräumung und Projekte in den Bereichen Menschenrechte, Migration und Schutz. Seither wird die Umsetzung des Schweizer Programms von Tunis, das zu einem wichtigen Dreh- und Angelpunkt für libyenrelevante Gespräche und Programme geworden ist, sowie von Bern aus koordiniert.

tung bedeuten. Um die von Libyen ausgehende Schleuserkriminalität zu bekämpfen, hat die EU im Juni 2015 die Marine-Mission EUNAVFOR gestartet. Bis heute operieren die Truppensteller jedoch ausschliesslich in internationalen Gewässern. Die EU ist bestrebt, die nächste Phase der Mission einzuleiten, die den Einsatz in Hoheitsgewässern Libyens vorsieht. Voraussetzung hierfür ist jedoch die Zustimmung der libyschen Einheitsregierung. Die internationale Gemeinschaft zieht darum auch andere Initiativen in Betracht.

Stabilisierung Libyens

Die neue Einheitsregierung könnte den Kampf gegen den IS und Menschen-smuggel wesentlich erleichtern. Ohne Konkurrenzregierung und nicht zuletzt darum effektiver, so die Hoffnung, würde sie internationale Unterstützung in irgendeiner Form willkommen heissen. Doch zuvor steht sie vor grossen Herausforderungen. Zuerst muss sie Unterstützung im eigenen Land finden. Die politische Verständigung zur Bildung der Einheitsregierung kam lediglich auf Druck der UNO und der EU zustande. Nicht alle Beteiligten der beiden grossen Koalitionen – «Morgendämmerung» mit dem Allgemeinem Nationalkongress und «Würde» mit dem Abgeordnetenrat – befürworteten die Verhandlungen. Teile der Koalitionen

könnten nun die Kompromisslösung sabotieren. Die Einheitsregierung wird zudem noch immer nicht vom Abgeordnetenrat als Ganzes anerkannt, da das von der UNO vermittelte Abkommen die Zustimmung der beiden Parlamente nicht erforderte. Der Widerstand innerhalb des Abgeordnetenrates ist teils abhängig davon, ob Haftar künftig das Oberkommando über die Streitkräfte übernehmen wird. Der Abgeordnetenrat hatte ihn dazu ernannt. Aber auch Haftar selbst könnte zum Störfaktor werden. Mit seinem unilateralen Vorgehen gegen den IS in Sirte im April 2016 will er wohl seine eigene Verhandlungsposition stärken. Es erfolgte nach einem Beschluss der Einheitsregierung, eine Task-Force gegen den IS zu bilden. Diese Entwicklungen zeigen zwei weitere Herausforderungen der Einheitsregierung: Sie muss es schaffen, dass militärische Gewalt nicht mehr für politische Gewinne angewandt wird und verhindern, dass der Kampf gegen den IS die Fragmentierung des Landes vorantreibt.

Die Einbindung der Stämme ist für eine breite politische Unterstützung unerlässlich. Rückhalt bei den Stämmen im Osten würde Haftars Störpotenzial mindern. Für die Stammesführer wird von besonderem Interesse sein, wie die Macht in den staatlichen Institutionen und in den politischen

und wirtschaftlichen Verwaltungsstrukturen verteilt ist. Darüber hinaus ist die Einheitsregierung auf die Unterstützung wichtiger Milizen angewiesen, um grundlegende staatliche Aufgaben wahrnehmen zu können und die nationale Aussöhnung voranzutreiben. Da die meisten Milizen stark lokal verankert sind, werden kommunale Räte eine wichtige Rolle spielen. Die Integration der Milizen in formale politische und militärische Strukturen darf als Option nicht ausgeschlossen werden. Bei früheren Integrationsversuchen wurden sie lediglich in provisorische oder parallele Sicherheitsstrukturen eingebunden. Der Anreiz, ihre klientelgebundenen Interessen aufzugeben, war dabei zu gering. Auch die Förderung des Zusammenhalts innerhalb der Sicherheitsstrukturen ist schwierig. Könnten die Milizen im Kampf gegen den IS durch die Anti-IS-Task-Force der Einheitsregierung koordiniert werden, wäre dies ein erster Schritt in diese Richtung.

Die Einheitsregierung darf zudem nicht als Marionette externer Akteure wirken. Die internationale Gemeinschaft sollte sich darum auf die Umsetzung der politischen Einigung und die Unterstützung der Einheitsregierung konzentrieren. Internationale Spezialkräfte sind verstärkt präsent in Libyen; die USA haben sogar Luftangriffe auf Ziele des IS durchgeführt. Sämtliche dieser Beiträge zur Terrorismusbekämpfung sollten in den Dienst des politischen Prozesses und der Einheitsregierung gestellt werden, idealerweise mit der Rückendeckung der in Libyen involvierten Regionalmächte. Internationale Hilfe in Form von Ausbildung, Nachrichtengewinnung und Ausrüstung sollte über die Einheitsregierung laufen und von dieser koordiniert werden. Die Stabilisierungsbemühungen sollten auf Vermittlungsinitiativen, die Überwachung von Waffenstillstandsabkommen und den Kapazitätsaufbau abzielen, insbesondere im Hinblick auf den Zusammenhalt innerhalb des Polizeiwesens und der Streitkräfte.

Dr. Lisa Watanabe ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Sie ist u.a. Autorin von [«Borderline Practices – Irregular Migration and EU External Relations»](#)

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri
Lektorat: Benno Zogg
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden-Ganzoni
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Bezug und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Getrennte Wege? Transatlantische Energiesicherheit Nr. 192
Frieden und Gewalt in Kolumbien Nr. 191
Bosnien: Stillstand trotz neuer strategischer Bedeutung Nr. 190
Nordische Sicherheit: Eine Annäherung an die NATO? Nr. 189
Obamas Aussenpolitik: Eine erste Bilanz Nr. 188
Ein Nukleardeal für Pakistan? Nr. 187